

„Alternativen gegen Ausgrenzung und Altersarmut - für eine soziale Reform des Rentenzugangs und der Altersvorsorge - gegen die Rente mit 67 !“

Reformen sind notwendig - auch Reformen unserer Systems des Rentenzugangs und der Altersvorsorge. Doch Reform darf nicht Rückschritt werden. Die veränderten ökonomischen Rahmenbedingungen durch globalisierte Märkte, oder der demographische Wandel in den Beschäftigtenstrukturen, sind Herausforderungen für eine Reformpolitik, geben aber längst keinen Anlass den Sozialstaat der Abrissbirne neoliberaler Politikkonzepte zu opfern. Sozialer Ausgleich und soziale Sicherheit sind wesentliche Errungenschaften moderner Gesellschaften, die es weiterzuentwickeln, nicht abzuwickeln gilt.

Die große Koalition hat dieses Jahr neben der Gesundheitsreform weitere Schritte zur Reform des Rentensystems auf die Agenda gesetzt. Im Zentrum steht die „Rente mit 67“.

„Rente mit 67“ ist angesichts der heute vorherrschenden Arbeitsbedingungen in den Betrieben und der aktuellen Arbeitsmarktsituation

- eine faktische massive Rentenkürzung.
- ein beschäftigungspolitischer Crashkurs angesichts der herrschenden Massenarbeitslosigkeit
- eine Belastung der Gesundheit vieler abhängig Beschäftigter.
-

- **Deswegen sagen wir: Nein, zur Rente mit 67 !**

Unsere Alternativen deutlich machen

Wir haben Alternativen anstelle einer Rentenpolitik zu Lasten der abhängig Beschäftigten und fordern entsprechendes politisches Handeln.

Wir verlangen ein klares Umsteuern in Arbeitsbedingungen und Personalpolitik. Wir fordern eine **alters- und alterngerechte Arbeitsgestaltung**, deren Durchsetzung durch staatliche und tarifliche Vorgaben begleitet werden muss. Allein das Hoffen auf unternehmerische Einsicht hilft nicht.

Wir fordern vom Gesetzgeber ein **Präventionsgesetz**, den Erhalt der **staatlichen Arbeitsschutzaufsicht** und **keine Eingriffe in den Leistungskatalog der Gesetzlichen Unfallversicherung**.

Hierzu gehören aber auch **Tarifverträge**, die ein alterngerechte Arbeitsgestaltung und Personalpolitik durch **Mindeststandards bei Arbeitszeit, Leistungsbedingungen und Qualifizierung** sichern. Und hierzu gehört als zwingende Voraussetzung der **Erhalt der tariflichen Alterssicherung**.

Die Politik hat bisher keine überzeugenden Antworten zur Beschäftigungssituation älterer Belegschaften gefunden. Im Gegenteil: Es werden auf die längst als untauglich erwiesenen Instrumente weiterer Deregulierung, statt auf eine **aktive**

Arbeitsmarktpolitik gesetzt. Die weitere Lockerung des Kündigungsschutzes ist ein Schritt in die falsche Richtung. Notwendig sind gezielte arbeitsmarktpolitische Maßnahmen für Ältere. Hierzu gehört auch die bessere Förderung der Weiterbildung durch die BA.

Auch bei einer, heute noch nicht erkennbaren, schnellen Umsteuerung in den Rahmenbedingungen zur Beschäftigung Älterer, hilft dies nicht den rentennahen Jahrgängen. Solange Rahmenbedingungen nicht geändert sind, brauchen wir weiter **flexible Möglichkeiten des Ausstiegs aus dem Arbeitsleben vor dem gesetzlichen Rentenzugangsalter**. Hierzu gehört die **Beibehaltung der geltenden Altersteilzeitregelung** oder eine wertgleiche Neuregelung und die Möglichkeit des Zugangs zur Rente nach Altersteilzeit. Dies muss auch durch tarifliche Regelungen unterstützt werden.

Wir fordern eine **abschlagsfreie Rente nach 40 Versicherungsjahren**.

Hierzu gehört weiter eine **Verbesserung der Erwerbsminderungsrenten** durch erleichterten Zugang und Wegfall der Abschläge.

Schon heute wird in Folge der beschlossenen Rentenkürzungen eine Zusatzversorgung für eine **gegen Armut sichernde Altersvorsorge** für viele Beschäftigte notwendig. Um betriebliche und tarifliche Regelungen zur zusätzlichen Altersvorsorge zu erleichtern fordern wir eine Rücknahme der Benachteiligung der betrieblichen Altersvorsorge und eine **gleichrangige Förderung privater und betrieblicher Altersvorsorge**.

Hierzu gehört auch, dass der Gesetzgeber die Möglichkeiten zur **Portabilität von Zeitwertguthaben und Ansprüchen aus der betrieblichen Altersvorsorge** weiter verbessert.

Die IG Metall hat diese Problematik im Rahmen ihres „Arbeitnehmerbegehrens zur Generationensolidarität“ aufgegriffen.

Die IG Metall Bezirkskonferenz fordert konkrete Schritte zu dessen Durchsetzung.

Hierzu gehört mittelfristig:

- die Entwicklung einer tarif- und betriebspolitischen Strategie für flexible Ausstiegsmodelle und zusätzliche Altersvorsorge.
- die Fortführung unserer betriebspolitischen Kampagne „Tatort Betrieb“ zum Thema alternsgerechten Arbeitens.
- die betriebspolitische Umsetzung der tariflichen Ansprüche für mitbestimmte Leistungsbedingungen und lebenslanges Lernen und hierzu weitergehende tarifliche und betriebliche Initiativen.
- die Begleitung politischer Initiativen durch Information und Mobilisierung der Beschäftigten.

Hierzu gehört kurzfristig eine Informations- und Mobilisierungskampagne im Herbst 2006:

- eine Informationsphase über die aktuellen Reformprojekte der Bundesregierung nach der Sommerpause.

Hierzu gehören:

- mindestens eine öffentliche Veranstaltung der Verwaltungsstelle
 - Information und Diskussion bei Vertrauensleuten und in BR-Gremien
 - Infostände in den Betrieben
 - „Pflichtteil“ auf Betriebsversammlungen
- eine mit dem DGB abgestimmte Öffentlichkeitsarbeit in der Region, auf Landes- und Bundesebene
- eine mit dem DGB landesweit abgestimmte „Aktionswoche“ (entsprechend des parlamentarischen „Fahrplans“, voraussichtlich Ende Oktober/ Anfang November), mit dem Ziel sichtbarer Protestaktionen in den Betrieben und öffentlicher Kundgebungen.